

V4-Beschluss Transparenz statt undurchsichtige Milchglaspolitik!

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Hamburg
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes-Anträge (V-Anträge)

Antragstext

1146 Das fehlende Vertrauen in die politischen Parteien ist verheerend für unsere
1147 Demokratie, denn Parteien sind in Deutschland ein zentraler Bestandteil der
1148 Politik und bestimmen maßgeblich über die politische Ausrichtung mit.

1149 Wichtige Faktoren beim Vertrauen in das politische System sind Korruption und
1150 mangelnde Transparenz. Dabei geht es im Falle von Korruption weniger um direkte
1151 Tauschgeschäfte von Abstimmungen gegen Geld, die längst strafbar sind. Vielmehr
1152 geht es um strukturelle Korruption, die sich aus der Nähe zu
1153 Lobbyvertreter*innen ergibt. Die 2016 bekannt gewordene Möglichkeit für Geld
1154 Zugang zu wichtigen SPD-Politiker*innen zu bekommen (Rent a Sozi), ist ein
1155 Beispiel für strukturelle Korruption. Es wird nicht direkt an die
1156 Politiker*innen und nicht für Gegenleistungen Geld gezahlt, sondern für den
1157 Zugang bzw. die Möglichkeit der Beeinflussung.

1158 Die Regierung kann zu Gesetzesentwürfen Anhörungen veranstalten und dort haben
1159 dann registrierte Interessensverbände die Möglichkeit ihre Meinung kundzutun.
1160 Das ist an sich nicht verwerflich. Problematisch wird es, wenn ganze
1161 Textpassagen von Publikationen der Lobbyverbände unverändert übernommen werden.
1162 Auch das ist strukturelle Korruption, da auch dies nicht durch demokratisch
1163 legitimierte und transparente Abläufe geschieht, sondern durch Deals in
1164 Hinterzimmern.

1165 Von daher hat die Frage der Korruption von Abgeordneten und Parteien viel mit
1166 der Regulierung von Lobbyismus zu tun. Grundsätzlich spricht nichts gegen
1167 Lobbyismus, also das Vertreten eines Interesses, da alle Anhänger*innen aller
1168 Interessen dazu die Möglichkeit haben. Problematisch wird es dann, wenn einige
1169 Lobbygruppen Vorteile gegenüber anderen erhalten. Dies geschieht entweder direkt
1170 durch Verschaffung von Zugang (siehe abgeschaffte Praxis von Hausausweisen für
1171 den Bundestag durch Fraktionen) oder durch bezahlten Zugang (siehe Beispiel von
1172 der SPD). Auf diese Weise werden finanzstarke Lobbyverbände begünstigt ihr
1173 Interesse zu vertreten bzw. finanzschwächere Organisationen
1174 (meistens zivilgesellschaftliche Lobbygruppen, die auf Spenden angewiesen sind)
1175 benachteiligt. Um diese Arten von Bevorzugung zu erschweren, fordern wir ein
1176 verpflichtendes Lobbyregister für alle Lobbygruppen, die in irgendeiner Weise
1177 Zugang zu Politiker*innen bekommen wollen. Des Weiteren sollte jeder gewährte
1178 Zugang zu Politiker*innen (Hausausweise von Parlamenten, Treffen mit
1179 Politiker*innen) unter Nennung der beteiligten Politiker*innen und Lobbyverbände
1180 gemeldet und gebündelt zweimal jährlich veröffentlicht werden.

1181 Neben diesen Punkten sind auch die Nebenverdienste und -tätigkeiten von
1182 Abgeordneten ein Thema. Grundsätzlich können Nebentätigkeiten nicht verboten

1183 werden, das gebietet das verfassungsrechtlich verankerte freie Mandat.
1184 Allerdings sollten die Bürger*innen über die Nebentätigkeiten, sowie die Höhe
1185 der Einnahmen aus selbigen informiert werden, um sich selber ein Bild machen zu
1186 können.

1187 Die Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages enthalten bereits Regeln zur
1188 Angabe von Einkünften und einigen weiteren Punkten. Es gibt aber auch Aspekte,
1189 die noch nicht vorhanden sind oder ungenügend geregelt werden, die wir aber für
1190 geboten halten. Reisen von Abgeordneten, zu denen sie auf Kosten Dritter
1191 eingeladen wurden, sollten veröffentlicht werden. Spenden sollten nicht erst ab
1192 5000€ angezeigt und ab 10000€ veröffentlicht werden. Stattdessen sollte eine
1193 Anzeige bereits ab 1000€ und eine Veröffentlichung ab 2000€ erfolgen.

1194 Dem Parlament sollte u.a. zusätzlich angezeigt werden: Art des Vorteils und Name
1195 der vorteilsgebenden Person, wenn ein*e Abgeordnete*r regelmäßig erhebliche
1196 Vorteile/Zuwendungen erhält oder der*die Vorteilgeber*in den*die Abgeordnete*n
1197 mit Sekretariats- bzw. Assistenzdiensten im Zusammenhang mit der
1198 Abgeordnetentätigkeit unterstützt. Darüber hinaus sollten Abgeordnete ihre
1199 Steuerbescheide dem Parlament gegenüber veröffentlichen und ihr Vermögen
1200 offenlegen. Allerdings können diese dem Parlament zugänglich gemachten
1201 Informationen von einer Veröffentlichung ausgenommen werden, wenn dies die
1202 Umsetzbarkeit dieser Forderungen erleichtert oder erst ermöglicht.

1203 Diese Forderungen schränken die Abgeordneten nicht in der Ausübung ihres freien
1204 Mandats ein. Durch eine erhöhte Transparenz ist es jedoch möglich, langsam
1205 wieder Vertrauen in das politische System aufzubauen, welches für eine
1206 Demokratie essentiell ist. In anderen Worten ist die Umsetzung dieser
1207 Forderungen eine vertrauensbildende Maßnahme.

1208 Vor diesem Hintergrund fordert die GRÜNE JUGEND die Änderung der relevanten
1209 Gesetze und der Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages entsprechend der oben
1210 genannten Forderungen. Auch ohne diese Umsetzung fordern wir von den
1211 Abgeordneten die freiwillige Offenlegung der genannten Informationen.